

26.04.2013

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

weder Steuerhinterziehung noch Sozialbetrug sind vor den ehrlichen Bürgern zu rechtfertigen. Aus guten Gründen ist Steuerhinterziehung daher mit besonders hohen Strafen belegt. Uns allen sollte daran gelegen sein, dass die gesetzlich vorgesehenen Steuern auch tatsächlich in unseren öffentlichen Kassen landen. Abkommen mit Nachbarstaaten können dazu ein hervorragendes Mittel sein - insbesondere dann, wenn sie alle in dem Land anfallenden deutschen Kapitaleinkünfte lückenlos erfassen und sogar rückwirkend hinterzogene Steuern und pauschale 'Strafaufschläge' nach Deutschland holen. Mit der Schweiz hatten wir ein solches Abkommen ausgehandelt. Man kann natürlich auch auf Zufallsfunde setzen, die durch den mehr oder weniger seriösen Ankauf von Daten-CDs oder Selbstanzeigen entstehen. Eine systematische und damit gerechte Erfassung der Steuerpflichtigen sieht anders aus. Allerdings bedient man das populistische Bedürfnis nach skandalträchtigen Schlagzeilen. SPD und Grüne sollten dazu übrigens auch erklären, dass durch ihr Vorgehen Steuerhinterzieher nur zufällig erkannt werden und überdies im Zweifel auch noch billiger davon kommen. Bereits in der letzten Wahlperiode hatte die Große Koalition übrigens die Regeln für die Selbstanzeige verschärft. So kommt Strafbefreiung nur noch dann in Frage, wenn die Behörden nicht schon Vorkenntnisse hatten und die Angaben in der Selbstanzeige umfassend sind. Das zeigt: Wer den Kampf gegen Steuerbetrug zur parteipolitischen Profilierung missbraucht, stopft die Schlupflöcher nicht sorgfältig genug und füllt am Ende die falschen Kassen. Steuerhinterziehung darf ebenso wie Schwarzarbeit und Sozialbetrug nicht augenzwinkernd toleriert werden, sondern muss gesellschaftlich geächtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Mattfeldt'.

Bundesfinanzminister macht Halt in Verden

Diese Woche begann mit einem fulminanten Auftakt: Dr. Wolfgang Schäuble ist meiner Einladung in unseren Wahlkreis gefolgt und hat am Montagabend in Verden vor ca. 500 Gästen gesprochen. Natürlich war jeder gespannt vom Bundesfinanzminister zu erfahren, wie er die aktuelle Situation der Euro-Länder bewertet. Dass Deutschland den Euro braucht und unsere Wirtschaft nicht annähernd so stark wäre ohne die Währungsunion, betonte er ebenso wie die Tatsache, dass Deutschland gut aus der Krise 2011 herausgekommen ist und heute sogar besser dasteht als zuvor.

Die aktuellen Ereignisse um die Selbstanzeige von Uli Hoeneß und das damit in Zusammenhang stehende geplatzte Steuerabkommen mit der Schweiz kamen natürlich auch zur Sprache, wenngleich die Position Schäubles eher zwischen den Zeilen oder an Mimik und Gestik unseres Bundesfinanzministers abzulesen war.

Mit einer ordentlichen Portion Witz nahm sich Dr. Schäuble knapp zwei Stunden Zeit, einen Überblick über die finanz- und



wirtschaftspolitische Situation unseres Landes zu geben sowie auf die Fragen der Besucher zu antworten. Ich freue mich, über diesen informativen und gelungenen

Abend in großer Runde, der auch nochmal die mir so wichtige Haushaltskonsolidierung in den Fokus gerückt hat. Denn auch auf die Schuldenbremse im Grundgesetz und den für die nachfolgenden Generationen so wichtigen Schuldenabbau ging Dr. Schäuble im Rahmen seines Besuches im Niedersachsenhof Verden ein.

Der deutsche Mittelstand – Grundlage für Deutschlands Stärke

In einer Kernzeitdebatte haben wir den deutschen Mittelstand mit seinen überragenden Leistungen für die wirtschaftliche Stabilität, den gesellschaftlichen Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gewürdigt.

Wir haben eine umfassende mittelstandspolitische Bestandsanalyse durchgeführt und die zentralen Herausforderungen identifiziert. Maßgeblich sind für uns unternehmerische Handlungsspielräume auf Gebieten wie Fachkräftesicherung, Innovation, Technologie, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Finanzierung, Existenzgründung oder Bürokratie. Ebenso muss der Mittelstand von Projekten Öffentlich-Privater Partnerschaften

(ÖPP) profitieren können.

Und wir handeln: Als konkrete Entlastungsmaßnahme haben wir in dieser Woche beispielsweise im Bundestagsplenar beschlossen, die Aufbewahrungspflichten für Belege und Rechnungen zu verkürzen und damit die Bürokratiekosten um über 2 Milliarden Euro zu verringern. Kanzlerkandidat Steinbrück hat eine solche Maßnahme im März noch ausdrücklich unterstützt. Es würde seine Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit weiter schwächen, wenn die SPD-Bundestagsfraktion und die rot-rot-grüne Bundesratsmehrheit sich diesem Gebot mittelstandspolitischer Vernunft nicht anschließen.

Weitere finanzielle Unterstützung für Conterganopfer

Eine vom Deutschen Bundestag beauftragte Forschungsstudie hat gezeigt, dass viele Conterganopfer nicht ausreichend abgesichert und teilweise unterversorgt sind. Wir haben daher in zweiter und dritter Lesung u. a. Verbesserungen der Leistungen für Conterganopfer im Umfang von 120 Millionen Euro beschlossen. Enthalten ist darin die deutliche Aufstockung der Conterganrenten um 90 Millionen Euro, um die Geschädigten so ohne große Bürokratie in die Lage zu versetzen, sich um ihre Belange selbst zu kümmern. Sie können über diese Pauschale ihre Zusatzbedarfe abdecken, ohne auf-

wändige Einzelfallprüfungen durchführen zu müssen. Zur Deckung spezifischer und einzeln auszuweisender Leistungen werden 30 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt. Wie bereits mehrfach an dieser Stelle berichtet, bin ich der zuständige Berichterstatter für den Etat des Bundesfamilienministeriums, aus dem die Aufstockung dieser Mittel aufgebracht wird. Ich achte immer sehr darauf, dass die Hilfe auch bei denjenigen ankommt, die das Geld benötigen. Deshalb habe ich nicht gezögert, den nicht unerheblichen Betrag bereitzustellen.

Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weitere Fortentwicklung des Städtebaurechts

In zweiter und dritter Lesung haben wir eine Modernisierung des Städtebaurechts beschlossen. Aufgegriffen wird die Verringerung der Flächenneuinanspruchnahme durch einen Vorrang der Innenentwicklung von Städten.

Kommunen wird es erleichtert, in ihren Bebauungsplänen eine gewollte städte-

bauliche Verdichtung vorzunehmen.

Ebenso wichtig: Künftig sind angemessen große Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten zulässig. Zudem wird das sogenannte Maß der baulichen Nutzung flexibilisiert. Das Gesetz enthält auch Regelungen zu Intensivierhaltungsanlagen.

Gute Aussichten für deutsche Wirtschaft

Das DIW prognostiziert in seiner Mittelfristprojektion, dass Deutschland in den nächsten fünf Jahren mit mehr Wachstum, mehr Jobs und einer immer stärkeren Binnenwirtschaft rechnen kann. Allein im Jahr 2017 werden die öffentlichen Haushalte Überschüsse von knapp 28 Mrd. Euro erzielen. Zudem wird die Schuldenstandsquote nach den Schätzungen der Experten von knapp 82% im Jahr 2012 auf 68,5% im Jahr 2017 fallen. Das BIP wird nach den Berechnungen des Instituts zwischen 2012 und 2017 voraussichtlich um etwa 3,5% steigen.

Auch die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen wird zunehmen, während die Arbeitslosigkeit weiter sinkt. Ein Zuwachs von rund 3% bei den Löhnen und zunehmende Arbeitsplatzsicherheit dürfte auch den privaten Konsum deutlich beleben. Dadurch werden vor allem die Lohnsteuereinnahmen steigen. Insgesamt nehmen die Steuereinnahmen in den Jahren bis 2017 um bis zu 4% zu. Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen steigen zwischen 2012 und 2017 um durchschnittlich 3% pro Jahr.

Insgesamt werden die Einnahmen des Staates in den Jahren 2013 bis 2017 um jahresdurchschnittlich 3% zulegen und damit deutlich schneller als in den vergangenen fünf Jahren. Auch die Bruttoinvestitionen des Staates werden bis 2017 jahresdurchschnittlich um 4% und damit deutlich schneller als in den letzten Jahren steigen. Allerdings steigen laut den DIW-Experten ebenso die konsumtiven Ausgaben des Staates.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range